

-Es gilt das gesprochene Wort-

Haushaltsrede 2023

des CDU-Fraktionsvorsitzenden Bernd-Josef Schwane

im Rat der Stadt Dorsten zur Haushaltsverabschiedung des Haushaltes 2024

am 29. November 2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Kämmerer,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute feiere ich Jubiläum. Das Zwanzigste.

Das ist meine zwanzigste Haushaltsrede hier im Rat der Stadt Dorsten.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Trotz Jubiläum, nach Feiern ist mir nicht zumute.

Denn es gab schonmal schönere Tage.

In den 20 Jahren ist jede Rede anders gewesen.

Weil jeder Haushalt anders war.

Weil die Situation jedes Jahr eine andere war.

Es gab Jahre, da war es einfach ausgeglichene Haushalte vorzulegen.

Es gab aber auch die Jahre, wo wir Sparhaushalte zähneknirschend durchgewunken haben.

Und ich habe Zeiten erlebt, in denen es ungemütlich wurde, wo die Landesregierung uns ein Haushaltssicherungskonzept vorgeschrieben hat.

Da ging es ans Eingemachte.

Es hieß: Steuern erhöhen, Standards senken.

Beliebt gemacht haben wir uns bei den Bürgerinnen und Bürgern damit nicht.

Aber nach einem Marathon, der an den Kräften zehrte, haben wir geschafft, das Haushaltssicherungskonzept umzusetzen.

2021 waren wir raus aus der Haushaltssicherung.

Nach 30 Jahren konnten wir unseren Haushalt „ausgeglichen“ nennen.

Dorsten war wieder eine Stadt, die wieder selbst und unabhängig auch in finanziellen Dingen entscheiden konnte.

In meiner damaligen Haushaltsrede habe ich das als „historisch“ bezeichnet.

Daran denke ich heute mit Wehmut zurück.

Und dann, meine Damen und Herren,

dann kamen die ersten Meldungen aus der Kämmerei zum Haushalt 2024 und der Haushaltsentwurf.

Da habe ich erstmal geschluckt. Ein Schock.

Sie wissen, die Defizite, die bis 2027 auflaufen, berechnen sich nach vorläufigen Ermittlungen der Kämmerei auf circa 12 bis 13 Millionen Euro pro Jahr.

Diese Zahlen fühlen sich für mich als Finanzpolitiker an wie ein monströser, bedrohlicher Tsunami, der auf uns zurollt.

Wobei die Zeit ab 2025 bis 2027 als Prognose nur sehr vage ist und sich wahrscheinlich vieles noch ändern wird. Aber das ist nur ein kleiner Trost.

Mir ist wichtig zu betonen: Diese negativen Entwicklungen sind nicht durch uns als Rat verursacht worden.

Wir sind nicht verantwortlich für diese Entwicklung.

Sondern äußere Faktoren sind es.

Ich brauche Ihnen das gar nicht aufzubröseln: Die eine Krise überlagert die andere. Und bedingen sich gegenseitig.

Was kommt davon bei uns als Kommune an?

Hohe Inflation.

Gestiegene Energiekosten.

Lieferengpässe.

Konjunkturprognosen im Keller.

Geringere Steuereinnahmen.

Gleichzeitig sind die Transferaufwendungen gestiegen.

Auch die sogenannte Bilanzierungshilfe, Sie wissen: Isolierungsmöglichkeit von Corona- und Ukrainekosten, werden in Zukunft wegfallen.

Es ist eine Katastrophe – eine Naturkatastrophe.

Wir haben uns nichts vorzuwerfen.

Wir haben sparsam gewirtschaftet; die Finanzen konsolidiert; und trotzdem sind wir jetzt in diesen finanziellen Strudel geraten.

Das frustriert. Das ärgert.

Die Kämmerei hat ihre Hausaufgaben gemacht.

Und hat aufgrund der drohenden Überschuldung ein Haushaltssicherungskonzept für die Zeit von 2024 bis 2027 erarbeitet.

Überall muss gespart werden.

Und überall müssen die Standards heruntergefahren werden.

Wir müssen Kompromisse machen und priorisieren.

Ein Haushaltsausgleich kann zunächst für den Haushalt 2024 erreicht werden, aber nur wenn wir die Ausgleichsrücklage in Anspruch nehmen.

Bezogen auf die mittelfristige Finanzplanung wird das dazu führen, dass letztendlich im Jahre 2027 unsere Rücklagen bei einem Kapitalverzehr von 20,78 Millionen Euro fast ganz verbraucht sein werden.

Vorausgesetzt, es passieren nicht noch weitere Ereignisse, die wir nicht voraussagen können. Und das ist nicht unrealistisch!

Denken Sie nur an das vernichtende Urteil des Bundesverfassungsgerichtes.

Ich glaube, dass die finanziellen Auswirkungen auch uns erreichen werden.

In solchen Situationen sollte man immer Ursachenforschung betreiben.

Das ist nichts Neues, aber in diesen Tagen einmal mehr zu spüren: Die verzweifelte Lage, in denen sich die NRW-Kommunen befinden, ist damit gegeben, dass die finanzielle Ausstattung der Kommunen einfach nicht ausreichend ist.

Die Kommunen und insbesondere der Städte- und Gemeindebund haben auf diese Schieflage seit Jahren immer wieder hingewiesen.

Berlin und Düsseldorf haben sich das immer geduldig angehört.

Was dann unternommen wurde, waren aber eher Tropfen auf den heißen Stein.

Ich meine, dass die Landesregierung nicht wirklich etwas an der finanziellen Ausstattung der Kommunen geändert hat.

Und der Gesetzgeber in Berlin ist nicht müde geworden weitere Gesetze auf den Weg zu bringen.

Gesetze, die Wohltaten an die Bevölkerung sein sollen, aber nicht vom Bund sondern oft von den Kommunen zu bezahlen sind.

Getreu nach dem Motto: „Die Kommunen regeln das schon“.

Der Bund lässt uns hängen.

Auch die Altschuldenregulierung ist bislang nicht auf den Weg gebracht worden.

Dem gegenüber haben wir aber gehandelt:

Wir hier in Dorsten haben Schulden abgebaut.

Wir haben zurzeit circa noch 83 Millionen Euro Schulden. Bezogen auf die Liquiditätskredite.

Um das nochmal einzuordnen: Es sind keine neuen Kredite aufgenommen worden. Die reguläre Tilgungsrate beträgt 3,6 Millionen Euro.

Sie betrogen einst 342 Millionen Euro.

Wir haben gut gewirtschaftet!

Ich würde sagen: Ein ganz vorzügliches Beispiel für die Bundesregierung.

Aber trotzdem nützt uns das im Moment nichts.

In Berlin sehe ich aktuell nicht den Willen und die Bemühung etwas an dem Zustand zu ändern.

Im Gegenteil: Ich glaube, die Bundesregierung ist stolz auf ihre Gesetze, die sie in den letzten 2 ½ Jahren verabschiedet hat.

100 Gesetze hat diese „Fortschritts-Regierung“ in kurzer Zeit verabschiedet – und das wird noch als Erfolg verkauft.

Das ist ein Politikstil, der diesem Land nicht gut tut.

Das müssen Sie sich mal vorstellen - meine Damen und Herren,

Die Bürokratie ist überbordend. Die Gesetze müssen auch alle umgesetzt und kontrolliert werden.

Das wissen alle. Aber der Gesetzgeber schießt immer weiter Gesetze nach.

An die Bundesregierung: Bei uns Städten ist das Ende der Fahnenstange erreicht.

Erinnern Sie sich noch wie der Wirtschaftsminister Habeck das sogenannte Heizungsgesetz durchgeknüppelt hat - ohne Sinn und Verstand?

Übersetzt: Große Belastung für die Kommunen, und große Sprüche und nichts dahinter.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass das ein Erfolg wird.

Am Ende wird auch das wieder für uns Kommune teuer.

Große Visionen, gehüllt in große Worte, gefolgt von kleinen Taten, wenig durchdacht - wenn überhaupt etwas passiert.

Das ist Politik, die zu Lasten unserer Gesellschaft geht, und auf dem Rücken der Kommunen getragen wird.

Politik wird oben gemacht, aber das kleinste Glied am Ende der Kette muss umsetzen. Vom Bund wird uns immer mehr aufgebürdet.

Schauen Sie sich beispielsweise an, wie die Energiewende vorangetrieben wird.

Da wird Ökostrom in der Nordsee erzeugt und der soll ins Ruhrgebiet oder nach Süddeutschland transportiert werden.

Dafür braucht man Umspannanlagen sogenannte Konverter.

Es wird ein Konverterstandort auf dem Gebiet des Stadtteils Altendorf-Ulfkotte ausgeguckt, obwohl der Stromkonzern UNIPER in der Nähe ein zum Teil nicht mehr benötigtes Kraftwerkgelände besitzt, wo man das auch machen könnte.

Und auch da ist es wieder so, dass die Bundesregierung untätig bleibt.

Als Großaktionär, als alleiniger Eigentümer, ist man nicht bereit, die Gesellschaft zu zwingen dort Flächen zur Verfügung zu stellen - was durchaus möglich und sinnvoll wäre – auch im Hinblick auf die Entfernung zum Umspannwerk Kusenhorst.

Nein, das wird nicht gemacht, alles dümpelt vor sich hin und was passiert?

Nichts.

Die Bürgerinnen und Bürger werden weiter belastet: Mit Umweltabgaben, und mit Belastungen durch den Bau dieses Konverters.

Traurig ist das.

Und wozu führt das Ganze? –

meine sehr verehrten Damen und Herren

Diese Frage stelle ich jetzt mal in den Raum.

Es führt dazu, dass die Basis unserer Demokratie - nämlich das, was hier passiert in den Kommunalparlamenten - dass diese Basis leidet.

Ich hatte eingangs gesagt, dass viele von uns schon verschiedenste schwierige Situationen durchgestanden haben, weil wir alle mit Idealismus an die Sache rangegangen sind und Lösungen gefunden haben für unsere Stadt.

Aber eins ist doch auch klar: Wenn das so weiter geht, wie es sich jetzt andeutet, dann wird man später - und das gilt für jede der hier im Rat sitzenden Parteien - es immer schwerer haben, Leute zu finden, die bereit sind, sich zu engagieren.

Meckern kann jeder. Aber wir brauchen den Sachverstand und den Willen der Menschen, der Kommune, in der man lebt, zu helfen.

Aber unter diesen Bedingungen, in diesem finanziellen Rahmen, unter diesen Voraussetzungen, ist es nicht möglich, Politik zu machen, die unserer Stadt gut tun, die uns nach vorne bringt.

Wir werden, das behaupte ich, Situationen erleben, wie in Mitteldeutschland, wo teilweise Kommunen überhaupt gar keine Parlamente mehr haben, weil sich niemand mehr engagieren will

und das, meine sehr verehrten Damen und Herren,

sage ich Ihnen, wird offensichtlich von den Damen und Herren in Berlin, die unter der Glaskuppel sitzen und kluge Sprüche von sich geben, so nicht wahrgenommen.

Ich kann nur warnen, dass dieser Zustand auf uns zukommen wird und er wird unserer Demokratie nicht gut tun.

Was ist jetzt zu tun?

Im Grunde ist die Antwort ganz einfach.

Im Grunde können wir nur das Umsetzen, was letztendlich die Kämmerei vorgeschlagen hat.

Wir reden nur über den Haushalt 2024, der ausgeglichen werden wird.

Deswegen müssen wir dieses Sparkonzept verabschieden.

Es gibt keine Alternative.

Stichwort: Stellenplan. Auch hier gilt: Sparen.

Das Personalbudget wird um 3,71 Prozent gekürzt.

Durch Verlängerung der Wiederbesetzungssperre auf 3,7 Monate.

Ich weiß, dass das für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt dieses Probleme mich sich bringt.

Heißt: Mehr Arbeit, mehr Aufgaben.

Aber auch Leistungseinbußen für die Bürger.

Aber wir wissen: Neu geschaffene Stellen müssen nicht nur finanziert werden, sondern auch mit geeigneten Bewerbern besetzt werden, die es nicht wie Sand am Meer gibt.

Aber im Laufe des Finanzjahres gab es immer die ein oder andere Möglichkeit Stellen zu besetzen. Zum Beispiel wenn der Haushalt sich besser stellte als geplant. Oder wenn Stellen, die nicht mehr benötigt wurden, durch eine andere Stelle ersetzt wurde.

Das wird auch 2024 möglich sein, wenn auch sicher in bescheidenem Umfang.

Aber auch die städtischen Gesellschaften - Atlantis, WinDor, EBD – müssen ihre Rücklagen zu Gunsten der Kommune zur Verfügung stellen.

Alle müssen ihren Scherflein bringen.

Aber in diesem großen Spar-Konzert gibt es auch kleine Lichtblicke: Wir konnten die Bezirkshausmeister für unsere Stadt erhalten.

Meine Fraktion wird dem jedenfalls so zustimmen.

Mit Heulen und Zähneknirschen.

Standards werden gesenkt werden. Dann werden wir den Haushaltsausgleich noch geregelt bekommen.

Aber nur dann, wenn wir das durchziehen und das sollte man den Bürgern auch so sagen.

Man sollte ihnen aber auch sagen woran es liegt, so wie ich es gerade versucht habe.

Dass diese Katastrophe nicht von uns hausgemacht ist, sondern andere Leute die Verantwortung tragen, weil sie zum Großteil für meine Begriffe die Probleme nicht sehen wollen oder unfähig sind.

Ich glaube, dass 2024 noch erträglich sein wird.

Aber 2025 wird schwierig werden, fortlaufend bis 2027, weil dann auch die Umlageverbände die Umlagen erhöhen müssen.

Denken Sie an den LWL.

Und ganz wichtig, meine Botschaft an die Regierung in Berlin ist: Machen Sie keine schlechte Politik auf dem Rücken der Kommunen.

Wir brauchen eine umfassende und umgehende Reform der Kommunalfinanzen.

Sie muss kommen, weil sonst, ich sag es nochmal an dieser Stelle, die Demokratie auf dem Spiele steht.

Dafür müssen wir uns einsetzen und dafür müssen wir kämpfen.

Jeder in seiner Partei.

Den Verantwortlichen in Berlin müssen die Augen geöffnet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss

Sie haben es gemerkt: Das war heute eine emotionale Rede für mich. Das musste so sein.

Aber es war mir ein Bedürfnis das einfach mal so auf den Punkt zu bringen.

Abschließend darf ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere der Kämmerei, bedanken.

Sie haben einen guten Job gemacht.

Die CDU wird dem Haushalt und dem Stellenplan für 2024 zustimmen.

Ich danke Ihnen.